

Der Gemeindegewerksarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerksarbeiter und Straßenbahner Deutschlands.
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 3

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M.

Köln, den 4. Februar 1922.

Geschäftsstelle: Köln, Venloer Wall 9. Fernsprecher A 8533. Postfach-Konto Köln 18973

10. Jahrg.

Zur Frage der Bezirkswirtschaftskammern

Die Schaffung von Bezirkswirtschaftskammern, die grundsätzlich auch in der Weimarer Verfassung (Art. 165) vorgesehen ist, hat den ganzen Sommer über den Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigt. Die Beratungen und Besprechungen von Sachverständigen haben ergeben, daß die Bezirkswirtschaftskammern aller Voraussicht nach nur dann über einen leiblichen Apparat sich zu einem wirkungsvollen Gliede im Gesamtaufbau unseres Wirtschaftslebens zu entfalten vermögen, wenn sie die gesamtwirtschaftlichen Angelegenheiten des Bezirkes zu beraten und zu betreiben haben, also ihre Zuständigkeit nicht auf einzelne Industrie- oder Gewerbegebiete beschränkt bleibt. Sie werden also nach dieser Seite so ungefähr für den Bezirk das sein müssen, was der Reichswirtschaftsrat für das Reich ist. Werden die Bezirkswirtschaftskammern aber so ausgestaltet, so bedürfen sie eines organischen Unterbaues, denn kommen einzelne Unternehmungen als deren Leiter und Arbeiter direkt in ihnen zum Ausdruck, so ist ein erklärliches Arbeiten wegen der Vielheit wohl nicht zu denken. Es müssen also die Industrie- und Gewerbegebiete als solche die Bezirkswirtschaftskammern bilden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht auf dem Standpunkt, daß es sich dabei nur um eine paritätische Besetzung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer handeln kann.

Nun gibt es schon Zusammenfassungen nach Gewerbegebieten in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die sich als organischen Unterbau für die Bezirkswirtschaftskammern sehr gut eignen würden, wenn sie paritätisch besetzt wären. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Es sitzen bisher in den Kammern nur Unternehmer (Arbeitgeber). Bevor man Neues schafft, soll man versuchen, das alte zu modernisieren, wenn es an sich gut ist. Von diesem Streben ausgehend, haben die Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrats unter Führung eines Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Thissen, versucht, Vorschläge für einen zeitgemäßen Umbau der Kammern zu machen, einen Umbau, der die Kammern nach wie vor in ihren jetzigen Funktionen beibehält, sie des Charakters einseitiger Arbeitnehmer- (Arbeitgeber-) Vertretungen entkleidet und sie zugleich befähigt, Träger der nach wie vor notwendigen Bezirkswirtschaftskammern zu werden. Diese Vorschläge lauten wie folgt:

1. Vor Schaffung von Bezirkswirtschaftskammern und insbesondere bevor Zusammen-

legung, Bezirke und Aufgaben derselben endgültig festgestellt werden, sind die für Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft bestehenden Kammern so umzugestalten, daß sie jenem Räteystem, welches nach Art. 165 der Reichsverfassung den Arbeitnehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gewährleisten soll, als Unterstufe dienen können.

2. Die Einkommene der Kammern auf die Bekhaltung der Wirtschaft sowie der sie betreffenden Einrichtungen und Gesetze ist bisher einseitig dem Unternehmertum zugute gekommen. Den Arbeitnehmern sind und stehen gleiche Möglichkeiten amtlicher Einwirkung nicht zur Verfügung.

Zur Beseitigung dieser ungleichen Verhältnisse die Kammer aufzuheben oder ihrer amtlichen Bedeutung zu entkleiden, erscheint nach ihrer Bestimmung sowohl als nach ihren wirtschaftlichen Leistungen nicht erwünscht. Vielmehr ist als Unterbau von Räten für die Gesamtwirtschaft größerer Wirtschaftsbezirke und des Reiches eine hinreichende örtliche, berufliche und innerhalb der Berufsgemeinschaften noch tatsächliche Gliederung, wie sie die Kammern in der Hauptsache bereits darbieten, ausdrücklich zu fordern. Die Kammern bestreiten hier die wahrscheinlich in absehbarer Zeit sie mit wesentlich kaum veränderten Zwecken wiederherstellen müssen.

3. Die hiernach beizubehaltenden Kammern werden zu ihrem Teile die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer dadurch verwirklichen müssen, daß diese von ihnen aufgenommen werden.

Wirkliche Gleichberechtigung setzt dabei grundsätzlich Gemeinsamkeit des ganzen Aufgabenbereichs jeder Kammer zwischen ihren Arbeitgeber- und ihren Arbeitnehmer-Mitgliedern voraus. Für die Begegnung muß außerdem durch zahlenmäßig gleiche Vertretungskräfte die sichtbare Möglichkeit, mehr noch die rechtliche Ueberzeugung gegeben sein, erforderlichenfalls die volle Hälfte des Einflusses auf Entscheidungen in der Hand haben.

4. Die beste Gewähr hierfür bieten einheitliche paritätische Wirtschaftskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft. Dazu gehört Einbeziehung des Verwaltungsbetriebes, des Geschäftsganges, der Geschäftseinrichtungen und der Unterbringung, Parität wie in der Kollektivanlage, so in der Besetzung des Vorstandes, der Ausschüsse und der beamteten Geschäftsführung und in der Verwaltung von Sondereinrichtungen.

5. Die grundsätzliche Gemeinsamkeit aller Aufgaben zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Mitgliedern schließt nicht aus, daß einzelne Angelegenheiten der alleinigen

Zuständigkeit der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmer-Abteilung zugewiesen, andere der vorzugsweisen Behandlung durch eine Abteilung oder deren Vertretung in dem Vorstande oder dem zuständigen Ausschusse nach Sachung oder Abrede überlassen werden. Im zweiten Falle muß die zunächst unbeteiligte Abteilung die Behandlung einer Angelegenheit als gemeinsame jederzeit verlangen können.

Wo im übrigen neben den freien wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Kammern noch ein Bedürfnis nach getrennter Meinungsbildung oder Meinungsäußerung oder getrennter Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben könnten, soll das Gesetz den Kammern darin die Selbstbestimmung nicht beschneiden. Für hieraus und für aus rechtmäßigem eigenem Entschlusse erwachsende Aufgaben ist es auch unbedenklich, wenn eine Abteilung der gemeinsamen Wirtschaftskammer des Handwerks, der Landwirtschaft usw. als Teilnehmer (z. B. Meisterkammer neben einer Gesellenkammer in der Wirtschaftskammer des Handwerks) auftreten will.

6. Die Bezirke der verschiedenen Kammern sind unter Berücksichtigung des von ihnen vertretenen Wirtschaftszweiges sowie der wirtschaftlich-gewerblichen Verhältnisse der Gegend größeren oder kleineren politischen Verwaltungsbezirken anzupassen. Zwerkkammern sind mit benachbarten zusammenzulegen.

7. Kosten der Wirtschaftskammer, die nicht unter Gesichtspunkten des staatlichen Interesses von Reich oder Ländern getragen werden, sind auf die kammerpflichtigen Unternehmungen des Bezirkes unzuliegen.

Es ist von großer Bedeutung, daß es in dieser hochwichtigen Angelegenheit gelungen ist, sämtliche Arbeitnehmerrichtungen auf eine Linie zu bringen. Insbesondere ist es der Sache förderlich, daß sich auch die Vertreter der freigewerkschaftlichen Richtung auf den Standpunkt gestellt haben, daß man den paritätischen Unterbau durch Einnahme der Arbeitnehmer in die bestehenden Kammern schaffen muß, und nicht etwa dadurch, daß man sozusagen an den Kammern ein Arbeitnehmerhandwerk hinaufführt und beide oben durch ein Mauerkloß verbindet. Würde es so gemacht, so bedeutete das eine Verstärkung und Stärkung des Klassenkampfes und würde praktisch die Unfruchtbarkeit der Einrichtung nach sich ziehen.

Die Arbeitgeber stehen zur Zeit den Vorschlägen der Arbeitnehmer in verschiedener Haltung gegenüber. Handwerk und Landwirtschaft sind geneigt, sich auf ihren

gliedern und Vertrauensleuten. Sie müssen sich wie Glieder einer Familie, wie Brüder und Schwestern, fühlen. Sich mit gegenseitigem Vertrauen begegnen, einer dem anderen. Die Arbeit möglichst zu erleichtern suchen. Gegen böswillige Schwärereien oder gar Anpöbelungen der Gegner stehen man sich, wenn erforderlich, gemeinsam zur Wehr. Man soll aber auch nicht auf jedes blödsinnige Geschwätz achten und hereinfallen. Die beste Abwehr ist meist die, „auf einen Scheinman anderthalben zu sehen“. Die Worte des Verbandskollegen achte man so hoch und heilig wie die eigene und lasse sie nicht böswillig antauchen. Wer etwas gegen einen anderen auszulagen hat, was ungehörig sein soll, der beweise es auch zunächst. Sonst weise man seine Behauptung als Verleumdung zurück. Auch in der Kritik an den einzelnen Verbandskollegen soll man jede persönliche Schärfe vermeiden. Manche gefallen sich ja sehr in scharfer Kritik an anderen, sind aber aufs höchste empfindlich, wenn es sich um die eigene wertvolle Person handelt. Kritik soll stets sachlich, ohne persönliche Schärfe geführt werden. Ein gutes Wort wirkt meist mehr als tausend Lährte.

Ein drittes Erfordernis ist **Pünktlichkeit**. Versammlungen müssen pünktlich eröffnet und geschlossen werden, eben, wie sie regelmäßig abgehalten werden sollen. Das gleiche gilt auch für Vorstands- und Vertrauensleute-Sitzungen. Fort mit dem alten Schlenkrian nach dem Versammlungen und Sitzungen erst nach einer Viertel- oder halben Stunde nach der angesehenen Zeit beginnen. Auch in Erledigung der Geschäfte mit den Verbandsbeamten und der Hauptgeschäftsstelle muß Pünktlichkeit herrschen. Die Monatskassen über Mitgliederbewegung, die Vierteljahrsabrechnungen sind an den Volltagsterminen pünktlich abzulegen, wie in Erledigung aller Verbandsgeschäfte auf möglichste Pünktlichkeit und Genauigkeit geachtet werden muß.

Es ließe sich noch manches zu diesem Thema sagen, wollte man erschöpfend behandeln. Für heute man es genug sein. Bei Energie und gutem Willen werden unsere Ortsgruppen-Vorstände und Vertrauensleute imstande sein, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Mögen sie es tun in dem ehrlichen Bestreben und in dem Bewußtsein, dem eigenen wie dem Gesamtwohl zu dienen. Dieser Gedanke möge ihnen Weisheit und Helfer sein zu segensreicher, erfruchtlicher Arbeit.

Bahnbewegungen und Tarifverträge.

Befruchtungen in Gusskirchen.

Am 13. Januar fand zwischen der Verwaltung und den Organisations eine Verhandlung statt. Gelobert war ab 1. 1. die bisherigen Stundenlöhne um 3 \mathcal{M} zu erhöhen. In der freudigen Sitzung einigte man sich schließlich auf 2 \mathcal{M} Stundenlohnverhöhung und wenn vom Reich die Bestätigungszusage zurückgezogen wurde, 3 \mathcal{M} pro Stunde. Die Stadtverordnetenversammlung hat nunmehr beschlossen den Forderungen der Arbeiter restlos nachzukommen und die Stundenlöhne um 3 \mathcal{M} zu erhöhen. Diefelben betragen somit ab 1. 1. 22

Gruppe I	12.00 \mathcal{M} pro Stunde
II	11.50 „ „
III	11.60 „ „
IV	11.40 „ „

Daneben wie bisher Hauskassenlohn 4 \mathcal{M} und Kinderlohn 3 \mathcal{M} pro Schicht. Im übrigen

gelten die Bestimmungen des Bezirksstarkefortrages für die Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz.

Nachträge zum Essener Straßenbahnerstreik.

Nachdem am 30. 11. 1921 in Dortmund die Delegierten der Straßenbahnen Gruppen Dortmund, Essen und Elberfeld den Beschluß gefaßt hatten, nach Beendigung des Straßenbahner-Streiks nochmals eine Konferenz einzuberufen, welche Stellung nehmen sollte zur Schuldfrage des Essener Straßenbahnerstreiks, fand denn nun auch am 10. Januar 1922 dieselbe statt.

Beteiligt waren die drei am Tarifvertrag beteiligten Organisationen. Von unserer Seite waren ungefähr 12 Delegierte anwesend. Gauleiter Thomas vom Deutschen Verkehrsband leitete die Konferenz und gab nach kurzer Einleitung dem Beamten Engels vom Deutschen Verkehrsband, Verwaltungshilfe Essen das Wort zum Hauptreferat. Ausgehend vom Beginn dieser wilden Bewegung bis zum Schluß derselben wurde von Engels oft die Entschuldbarkeit angeführt. Oft jedoch und hauptsächlich zum Schluß seiner Ausführungen konnte man die ganze Bitterkeit heraus hören, welche Engels während und auch nach dem Streik von seinen eigenen Genossen erdulden mußte. (Artikel Ruhrpost.) Es kam hier so recht zu Tage, daß durch das Auffaugen der radikalsten Kommunisten und Unionisten in den Verkehrsband die ganze Gruppe Essen des Deutschen Verkehrsbandes in das Wanken gekommen war. Wenn auch der Name eines gewissen Wackers bei der ganzen Bewegung dort nicht genannt wurde, so fühlte doch auch der Uneingeweihte heraus, daß in Essen während des Streiks zwei Lösungswerte zum Vorschein getreten wurden, und zwar die Gemäßigten: „Die Engels“ und die Radikalen: „Die P.“

Unser Vertreter, Kollege Rohrbach, welcher im Auftrag des abwesenden Bezirksleiters Juchmann sich sofort als erster zum Worte gemeldet hatte, hat ohne Zweifel als Einziger die Bewegung richtig geschildert und gesagt, was endlich einmal gesagt werden mußte und zwar, daß wir es ablehnen, in Zukunft einer disziplinarlosen größeren Gruppe Gehorsam zu leisten, daß wir vielmehr bei künftigen ähnlichen Situationen als selbständige Organisation unsere eigenen Wege gehen werden. Er gab hiermit den einmütig gefaßten Beschluß unserer Ortsgruppe Essen, Straßenbahner, kund.

Alle nachfolgende Diskussionsredner von der Gegenseite sprachen wenig oder gar nicht zur Tagesfrage, sondern versuchten aus den Worten unseres Vertreters Kapital zu schlagen und ganz besonders Schläue glaubten in dem Beschluß unserer Organisation Verrat zu wittern und führten den wilden Eisenbahner-Streit als Beispiel an. Zu Ehren des Gauleiters Thomas muß allerdings gesagt werden, daß er einen Redner unterbrach und offen erklärte, daß er sich den Worten und den Ausführungen des Kollegen Rohrbach voll und ganz anklänge und daß auch der Verkehrsband derartige Streiks nicht mehr finanzieren würde. Im allgemeinen war man sich auf der Gegenseite einig, ausgenommen von einigen, daß man die Essener nicht verurteilen sollte, da es eine spontane Willensäußerung gewesen sei, die der Schiedspruch hervorgerufen habe. Das ganze war gütlich gesagt eine Komödie, denn keiner auch selbst diejenigen, die wirklich mitgehört hatten, den Streit zu initiieren, wollten irgend etwas durch Wort noch Tat dazu beitragen haben, daß der Streit zum Ausbruch kam. Hoffentlich werden aus den gemachten Erfahrungen die Kollegen nun auch die richtigen Augenwendungen zu ziehen verstehen.

Bei der Sammlung für die Essener Straßenbahner gingen ein:

Bodum (Fahrpersonal)	2961,— \mathcal{M}
Duisburg-Molderei	1632,— „
Duisburg-Wallum	698,— „
Rees	880,— „
Mettmann	2000,— „
Oberhausen	1000,— „
Bottrop	5500,— „
Redlinshausen	7593,— „
Bottrop (Ortskasse)	100,— „
Gamm	2370,— „
Hattinager Kreisbahn	485,— „
Redlinshausen	2105 „
Bodum (Kotte)	740,— „
Körs	5000,— „
West. Kleinb. Tr.-Arb.	1876 „
West. Kleinb. (Christen)	4262.50 „
West. Kleinb. Metallarb.	1453,— „
Oberhausen	1504,— „
Köln	441,— „
Böhmwinkel Schwebebahn	2000,— „
Herne-Redlinshausen	947,— „
Düsseldorf-Duisb. Kleinb.	505,— „
Düsseldorf-Duisb. Kleinb. 2	410,— „
Söder Kleinbahn	1418,— „
Zentr. Verb. d. Strahenb. D.-dort	1150,— „
Duisburger Strahenb.	1936.50 „
Kamen	800,— „
Witten-Eidet	1550,— „
Samborn	890,— „
Bodum (We. Kasse)	2317,— „
Hagen	2494,— „
Böhmwinkel Schwebeb.	561,— „
Herne	363,— „
Bodum-Gellert Strahenbahn	1077,— „
Dortmunder Strahenbahn	7775.50 „
Essener Sammelkassen	3501,— „
Essener Sammelkassen Nr. 8	80,— „
Dortmunder Strahenbahn	80,— „
Herderholz Bodum	550,— „
Samborn	65,— „
Dortmunder Strahenbahn	402,— „
	74 241.50 \mathcal{M}

Auszahlung für Unterführungen wurden vom Verkehrsband	41 000,— \mathcal{M}
Metallarbeiter-Verband	7 635,— „
Zentralverb. christlicher Gemeindearb. und Straßenbahner	12 400,— „
Solarbeiterverband	600,— „
Christl. Holzarbeiterverband	60,— „
Metallarbeiter-Verband (christl.)	588,— „
Summe:	62 378,— \mathcal{M}

bleibt ein Rest von 11 866,— \mathcal{M}

Diese Summe wurde den einzelnen Bahnhofssektionen zur Verteilung an bedürftige Mitglieder entsprechend ihrer Mitgliederzahl überwiesen.

Volksmilitärisches und Soziales.

Die Kosten der Lebenshaltung.

Ueber Teuerung im Dezember 1921 teilt das Statistische Reichsamt mit: Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Monats Dezember die Grobhandelspreise zurückgingen, hat sich die Aufwärtsbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorübergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, denen die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1397 auf 1550, demnach um 153 Punkte, oder 11 v. H. gestiegen. Gegenüber Dezember beträgt jetzt die Steigerung 86 v. H. und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres 70.1 v. H.

Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung im Berichtsmonat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungskosten nur in verhältnismäßig wenig Gemeinden anjagen. Daneben wurden aber auch weitere teils beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt. Die Indeziffer für die Ernährungsausgaben allein, die im November 1914 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben tritt im Berichtsmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte und besonders Fleisch zogen erheut an, auch Gemüse, Kartoffeln, Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Fette war (bis Mitte Dezember) nicht einheitlich.

Arbeiterbewegung.

Grenzkontingenten um die Wegewärter.

In den unangenehmsten Aufgaben der Gewerkschaftsführer gehören ohne Zweifel die Auseinandersetzungen, die wegen der Zugehörigkeit einer bestimmten Gruppe von Arbeitern zu diesem oder jenem Verbandsverband geführt werden müssen. Meinungsverschiedenheiten hierüber können in einer Bewegung, wie sie der Deutsche Gewerkschaftsbund darstellt, wo aus Zweckmäßigkeitsgründen, für die hunderte von Berufsgruppen nur 41 Verbände bestehen, nicht ausbleiben. Trotzdem muß es möglich sein, diese Meinungsverschiedenheiten rein sachlich, in einem Geiste und einem Ton auszutragen, der erkennen läßt, daß alle Beteiligten einer Gesamtbewegung angehören, wo der Grundsatz gilt: derjenige Verband ist der zuständige, wo die Interessen der Mitglieder am besten gewahrt werden können. Die Gewerkschaft soll nicht Selbstzweck sein.

Seit Bestehen unseres Verbandes haben wir es abgelehnt, auftauchende Meinungsverschiedenheiten mit den Bruderverbänden im Verbandsorgan zum Austrag zu bringen, sondern sind stets bestrebt gewesen, die hierfür zuständigen Stellen damit zu befassen. Bisher haben es auch die Bruderverbände so gehalten.

Eine unrühmliche Ausnahme macht nunmehr der Landarbeiterverband, der in seinem Organ Nr. 2, 1922, sich ungehalten darüber zeigt, daß die rund 500 Provinzialstraßenwärter von Westfalen zu unserem Verbande übergetreten sind.

Bei Gründung unseres Verbandes im Jahre 1912 wurden diese Leute uns von der Leitung des Gesamtverbandes als Agitationsgebiet zugewiesen. Wenn dann später der Landarbeiterverband widerrechtlich die Straßenwärter zum Teil bei sich organisiert hat, ohne uns und die Gesamtbewegung zu befragen, so braucht er sich nicht zu wundern, wenn heute unsere Beamten sich die betreffenden Gruppen holen. Zumal, da sich herausgestellt, daß der Landarbeiterverband nicht der geeignete Verband für Provinzialarbeiter ist. Um so bedauerlicher ist, wenn der Verfasser der betreffenden Notiz in der „Kundschau“ unseren Verbandsbeamten auch noch Motive zu unterstellen sucht, die nicht zu-

treffen. Der Landarbeiterverband wird sich schon mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Agitation einerseits unter den Kreis- und Provinzialarbeitern in Zukunft lebhaft einsetzt. Es ist eigentlich unverständlich, wenn sich, zum Schaden der Gesamtbewegung, hier noch um eine Frage herumgestritten wird, die längst erledigt ist. Wie die betreffenden Arbeiter selbst über die Angelegenheit denken, zeigt folgende Entschliebung:

„Die heute am 16. Januar 1922 im Bahnhofshotel zu Bestwig verammelten Straßenwärter des Landesbauamtes Weichede nehmen Kenntnis von dem Artikel in Nr. 2 der Kundschau, worin der Landarbeiterverband dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner unerlaubte Agitation unter den Straßenwärttern vorwirft. Wir sehen uns veranlaßt zu erklären, daß nicht der Gemeindearbeiterverband an uns herangetreten ist, sondern wir uns alle Mühe gegeben haben, um uns dem Gemeindearbeiterverband anzuschließen und auch an oben genannten Verband wiederholt herangetreten sind zwecks Uebertretung. Die Gründe, die uns zu diesem Schritte veranlaßt haben, wollen wir hier nicht erörtern und sehen im Interesse der christl. Gewerkschaftsbewegung davon ab. Unsere Interessensvertretung erbilden wir ab 1. Januar 1922 im Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.“

Ein edler Menschenfreund.“

In der Nummer 1 der „Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung“ vom 14. Januar 1922 (Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) erschien mit der obigen Ueberschrift folgender Artikel:

„Seit dem Jahre 1919 war bei der städt. Straßenbahn Breslau ein Schaffner namens Kaminiski beschäftigt. Er hat eine streng religiöse Frau, die es für ihre besondere Pflicht hält, recht eifrig die Kirche zu besuchen. Der Kollege erfüllte seine dienlichen Pflichten zwei Jahre lang, vergah sich aber in den letzten Monaten und nahm, wie ich gekostet, zweimal je einen Messingring aus dem Straßenbahnwagen im Werte von circa 5 M mit. Seine Frau hatte nichts eifrigeres zu tun, als von diesem Fehltritt dem Seelsorger Mitteilung zu machen. Darauf erklärte der katholische Geistliche, ihr eher keine Sünden vergeben zu können, bis der Mann das mitgenommene Material der Straßenbahn zurückgestellt hätte. Die Frau begab sich daraufhin zur Verwaltung der städt. Straßenbahn und denunzierte ihren Mann wegen Diebstahls. Der Mann mußte daraufhin sofort entlassen werden, da ihn weder Betriebsrecht noch Organisation wegen seiner Verfehlung halten konnten. Der Kollege lebt nun als Erwerbsloser auf den Straßen Breslaus herum und daß dies lediglich der christlichen Tat seiner Frau und des katholischen Pfarrers zu verdanken. Hoffentlich hat der Kollege seine Frau freiwillig an den edlen Pfaffen abgetreten.“

Für den Kenner katholischer Verhältnisse unterliegt es gar keinem Zweifel, daß dieser Artikel das Stigma der Verlogenheit an der Stirn trägt. Die angestellten Nachforschungen haben nun ergeben, daß der in dem Zeitungsartikel zitierte Straßenbahnschaffner Kaminiski

sowie auch dessen Ehefrau überhaupt nicht der katholischen Konfession angehören. Die Ehefrau ist eine Preussengläubige Protestantin. Sie hatte auch nie den Beistand eines katholischen Priesters in Anspruch genommen.“

„Welch edler Menschenfreund“ ist es nun gewesen, der diese Schauer Geschichte erfunden und aus lauter Fanatismus gegen alles, was sich christlich nennt, seinem Verbandsorgane mitgeteilt und noch obendrein die schamlose Notiz am schwarzen Brett sämtlicher Bahnhöfe in Breslau anhängen läßt? Jedenfalls sieht heute fest, daß derartige traurige Subjekte dem oben genannten katholischen Geistlichen in sittlicher Größe das Wasser nicht reichen können. Bezeichnend ist auch, daß derartige Notizen, die den Stempel der Verlogenheit an der Stirne tragen, Aufnahme in einem Verbandsorgan finden können. Doch gleiche Brüder, gleiche Kapfen.

Die noch christlich und anständig denkenden Straßenbahner werden derartigen Leuten schon die richtige Antwort zu geben wissen. Das Anwachsen der christlichen Gewerkschaften in Schloßen zettelt doch in den Köpfen so mancher Genossen recht eigenartige Bewusstseinsformen.

Sparsamkeit.

Die letzte Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften beschäftigt sich mit der durch die Geldentwertung hervorgerufenen, gewiß nicht erfreulichen Situation der deutschen Gewerkschaften. Wir möchten die folgenden Ausführungen unsern Mitglieðern zur Beachtung bringen und empfehlen. Das Zentralblatt schreibt:

Es ist eigenartig: die Gewerkschaften, die alles daran setzen, um den Haushalt ihrer Mitglieder im Gleichgewicht zu halten, indem sie bei jeweiliger Teuerungslage entsprechende Röhre zu erlangen suchen, geraten selbst durch die andauernden, nicht mehr abbrechenden Preissteigerungen in die schlimmste Lage. Abgesehen von den Gehältern der Gewerkschaftsangeestellten, die wenigstens der allgemeinen Lohnentwicklung folgen sollten — was allerdings in den meisten Fällen unabweisbar notwendig ist — haben die Gewerkschaften in wesentlichen Ausgaben für solche Bedürfnisse zu machen, deren Verteuerung sonst fast unersichtlich dahinkt. Man denke nur an die Preissteigerung für Papier, an die Ausgaben der Gewerkschaften für ihre Organe und den sonstigen Drucksachenbedarf! Eine sehr erhebliche Neubelastung der Gewerkschaften hat mit dem 1. Januar eingesetzt durch die Erhöhung der Posttarife.

Den Ausgaben entsprechend haben die Gewerkschaften ihre Einnahmen nicht steigern können. Bestenfalls sind die einzigen Einnahmen der Gewerkschaften, die Beiträge, im Durchschnitt um das 8-10fache gestiegen. Was aber bedeutet das gegen die 20-30fache erhöhten Ausgaben? Und wenn zahlenmäßig die Gewerkschaften heute höhere Kassenbestände haben wie vor dem Kriege — in Wirklichkeit sind sie, gemessen an dem, was früher vorhanden war und was die Verhältnisse bedingen, um sehr vieles ärmer geworden. Auf Grund ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ist heute keine, auch nicht die finanziell härteste Gewerkschaft, bei den Arbeitgebern gefürchtet. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und

Pflicht aller gewerkschaftlichen Organe ist es, diese Tatsache nicht zu ignorieren, sondern sie zu erkennen und sachgemäß zu handeln. Erstes Gebot aller Verbände muß sein, die Einnahmen zu steigern, d. h. die Mitgliedsbeiträge der augenblicklichen Verhältnisse anzupassen. Dem Gebot von dem Einmalenlohn, der als gewerkschaftlicher Wochenbeitrag gelten soll, muß die Tat folgen. Es ist durchaus falsch und nur die Verbandsfrage sagend, wenn bei der Beitragsbestimmung der Wünsche derer gefolgt wird, die beim Sparen mit den Gewerkschaftsbeiträgen besparen wollen. Selbst wenn die Gewerkschaftsbeiträge in gleicher Weise sich steigern würden wie die Löhne gestiegen sind, so würde den tatsächlichen Bedürfnissen der Gewerkschaften noch nicht Rechnung getragen.

Sam. Er. muß deshalb ein zweites kommen. Die Vorrangigkeit der Ausgaben, d. h. die größtmögliche Sparfähigkeit in den Gewerkschaften. Mit der Sparfähigkeit darf nicht bei der Entlohnung der Angestellten begonnen werden. Richtiger ist es, zu starten dadurch, daß weniger feingehaltene Kräfte zur Aufstellung kommen und sich die im Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder in der Arbeitslosenzeit im allgemeinen weniger stark in die Unterstützung der gewerkschaftlichen Aufgaben einmischen. Nicht fortgesetzt die Unterstützung von Gewerkschaftsleiterämtern zu fordern. Eine zweite Maßnahme des Sparens ist gegeben durch ein besseres Handlungsverfahren der Gewerkschaftsstruktur. Verschiedenartigen ein halbes Dutzend Gewerkschaftsorganisationen aus den betrachteten Branchen können kurzer Zeit alle ein und denselben Ort betreten, was vielleicht jeder nur einem Mitarbeiter zu streuen hat? Die Möglichkeiten, auf diese Weise zu sparen, werden vielleicht besser ausgenutzt werden, wenn am 1. Februar d. J. die 75-jährige Gründung der Gewerkschaft eintritt. In diesem an Umfang der Beurlaubten. Es mag diesen Gewerkschaften nicht gefallen, ein wenig einzugreifen, des und Ähnhliches deshalb unannehmliches Verwandtschaft zu erhalten. Und doch müßte die neueste vorerwähnte Verbesserung der Papierpreise in allen Gewerkschaften Berücksichtigung sein müssen, ebenfalls zu prüfen, ob nicht eine Verringerung des Umfangs der Drucksachen oder eine weitgehende Entschonung der Verbandsorgane geboten ist. Gefährlich kann jedoch werden, am Post und Nicht als Schreiben sind notwendig. Notwendige Schreiben sind nicht immer dringlich. Man kann weniger dringliche Angelegenheiten an einem bestimmten Tage in der Woche oder im Monat erledigen und so über mehrere Dinge in einem Brief berichten. Die Kongregation der Gewerkschaftsbureaus an einem Ort ermöglicht weitere Einsparnisse durch den Sammel-Besand von Postkarten nach Dänemark, wo sich ebenfalls die Gewerkschaftsbureaus unter einem Dach befinden. Man denke nur einmal nach und organisiere die Sache.

Nach den Ortsgruppen.

Giegen. Am 3. Februar fand unsere Jahreskonferenzsammlung statt. Nach dem der 1. Vorsitzende, Kollege Paul Hagen, die Versammlung eröffnet und den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen gedankt hatte, erstarrte

derselbe den Jahresbericht wie folgt: Ein Jahr schwerer und harter Verhandlungen liegt hinter uns. Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen, haben manches erreicht was wir erstrebt, aber wir müssen auch noch viele Mühsale mit uns nehmen. Hoffentlich können wir denn mit Gottes Hilfe, die selben erfüllen können. Dieses erfordert aber die Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Leider gibt es eine Menge Kollegen, die denken: Laßt den Verband arbeiten, dafür bezahle ich meine Beiträge. Mehr Gehalt muß ich haben, aber Zeit daran mitzuarbeiten habe ich nicht. Das sind die Kollegen, die den meisten Verdienst machen. So ist im vorigen Jahr jedes von Interesse durch einen Besuch der Versammlung. Der ein Jahr vorherige Bestand der Mitglieder war: Die Zahl der Mitglieder betrug 297, die Zahl der Aktiven 126, die Zahl der Inaktiven 171. Das sind die Zahlen der Mitglieder und der Aktiven. Die Zahl der Aktiven betrug 126, die Zahl der Inaktiven 171. Das sind die Zahlen der Mitglieder und der Aktiven.

vorward. Ihr immer sanftmütiger beratung ist das Wort der Wahrheit. Nach dem alle Angelegenheiten, darunter auch die Gewerkschaften, im Sinne der Bewegung ihren Zielern, habe ich eine wichtige Aufgabe, nämlich die Bewegung in diesem Schrittschritt voranzutreiben. Die von uns gefällte Entscheidung der Gewerkschaften ist ein Schritt zur Erreichung der Ziele. In diesem Jahre sind wir, wie wir den Vorsitz der Gewerkschaften übernommen haben, aber wir haben die notwendigen Schritte zu unternommen, die uns zu den Zielen führen werden. In diesem Jahre sind wir, wie wir den Vorsitz der Gewerkschaften übernommen haben, aber wir haben die notwendigen Schritte zu unternommen, die uns zu den Zielen führen werden.

675 A; c) Steinbr. Arbeiter pp. und Kaufmann 800 A. Ledige 700 A; b) Kaufmann 25,00 A pro Tag. Arbeiter erhalten neben den oben bezeichneten Gehältern noch für ein Kubikmeter erzeugtes Gas 75. — Obwohl die Lohnhöhe sehr gering ist, ist es den Organisationen nicht leicht gefallen, die Zahlung durchzuführen. Vorward hat keine Erfahrung. Die umliegenden kleinen Gemeinden zahlen ebenfalls niedrige Löhne. Dieses weiß ich auf Verhandlungen. Es ist kein billiger Ort im Gegenteil, es fällt schwer, einen Unterschied zwischen Coblenz und K. herauszubringen. Will also die Vorgesetzten Arbeitergemeinschaft in Zukunft nicht länger arbeiten und länger leben als ihre Kollegen andersorts, dann sind sie mit den Kollegen der nächsten Umgebung, um gemeinsam nach Remedien zu suchen. Aber auch die Arbeiter, fast des Vertragens wurde des Dankes der Vorgesetzten Kollegen immer sein, wenn von dieser Seite aus die billigen Angebote unterbleiben würden.

Erklärung. Es hat wohl kaum je eine Zeit gegeben, wo alle Arbeiter, wenn auch die Angehörige der Arbeiter, aufeinander zueinander waren. Gerade für die unten genannten mit ihren eigenen Geschäften wäre viel besser, wenn diejenigen in engster Verbindung mit der Gewerkschaft stände, eine gemeinsame Einheitsfront zu stellen. Damit die Gewerkschaft besser arbeiten könnte, ist es notwendig, daß alle Arbeiter, die mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten, sich in der Gewerkschaft vereinigen. Die Gewerkschaften sollen es nicht an, daß das gesamte Personal an einer zu und zu niemandem angeschlossen wird, auch Gewerkschaften, die nicht angeschlossen sind. Vor längerer Zeit wurde eine neue Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Gewerkschaften, gegründet. Die Gewerkschaften sollen es nicht an, daß das gesamte Personal an einer zu und zu niemandem angeschlossen wird, auch Gewerkschaften, die nicht angeschlossen sind. Vor längerer Zeit wurde eine neue Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Gewerkschaften, gegründet. Die Gewerkschaften sollen es nicht an, daß das gesamte Personal an einer zu und zu niemandem angeschlossen wird, auch Gewerkschaften, die nicht angeschlossen sind.

Das, und dieses hat ein Mann, der nicht nur einigen Monaten in den Ecken eines nahe liegenden Ortes geschiffen gelassen hat. Der Herr Dietrich hat als Mitglied der Gewerkschaft, und des Vorgesetzten, die Gewerkschaften, welche Gegenstände die Gewerkschaft dem Herrn G. erweisen. Wenn die Herren in unserer Haut hinein, werden sie nach dem Entschluß zu sein. Man hat den Herrn G. aber fast den nächsten. Hebrighen, wenn G. Beweise für seine Behauptungen erbringen sollte, würde er wohl einen gewissen Beweis erbringen. Wenn in der folgenden Begründung an der Möglichkeit der Gewerkschaften zu sein, so ist es auch dieses ein gutes Zeichen. Die Gedanken des Herrn G. werden uns nicht weiter helfen, uns in der notwendigen Kritik befähigen zu lassen. Im Gegenteil, nun erst recht. Wenn wir bei dieser Gelegenheit über die Gewerkschaften reden werden, welches auch der Bemerkung unangenehm werden könnte, dann bedauere ich für den Herrn G. Hoffentlich wird er sich dann, daß alle Maßnahmen hinter Herrn G. stehen.

Man, am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege A. von (Frankfurt) hat einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im vergangenen Jahre. Besonders berichtete er über die gewerkschaftliche Tätigkeit und die erzielten Erfolge. Wenn wir auch nicht alle erreichen konnten, was berechtigterweise gefordert wurde, so ist es uns aber doch immerhin gelungen, das

unvermeidlich für die Kollegen herauszubekommen. Auch im neuen Jahre wird nicht alles so geben, wie wir es wünschen. Darum müssen wir immer streben sein, unsere Organisation zu stärken. Damit wir zu jeder Zeit ausreicht sind. Die Vorstandesversammlung am 1. Februar 1921...

Die Vorstandesversammlung am 1. Februar 1921... es ist notwendig, dass wir hier die Kollegen zu veranlassen. Für den nächsten Tag...

Die Vorstandesversammlung am 1. Februar 1921... den 1. Januar, und die erste... die Kollegen...

Die Vorstandesversammlung am 1. Februar 1921... am 6. Jan. waren die Mitglieder der Ortsgruppe...

ernstliche Hilfe der Kollegenchaft zum Ausdruck, auch in Zukunft an der Erhaltung der der heimischen Gewerkschaftsbewegung gefallenen Ziele mitzuwirken.

Streik der Knechtsteden, Arbeiter und Beamten der Straßenbahn aus. In diesen Streit war auch die Straßenbahn-Betriebshaus mit einbezogen. Herr Kammarsch der Vertreter des deutschen Transportschiffersverbandes in Saarbrücken...

Streik der Knechtsteden, Arbeiter und Beamten der Straßenbahn aus. In diesen Streit war auch die Straßenbahn-Betriebshaus mit einbezogen. Herr Kammarsch der Vertreter des deutschen Transportschiffersverbandes in Saarbrücken...

Streik der Knechtsteden, Arbeiter und Beamten der Straßenbahn aus. In diesen Streit war auch die Straßenbahn-Betriebshaus mit einbezogen. Herr Kammarsch der Vertreter des deutschen Transportschiffersverbandes in Saarbrücken...

aus angedachte gemeinsame Schreiben, welches er unberechtigt Weise nicht abgedruckt hatte. Dieses Schreiben kann aber nicht als eine Kränkungsbedeutung angesehen werden. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte unter Vertreter...

Die Mitglieder des heimischen Verbandes der Gemeinde- und Straßenbahner traten für Abbruch des Kampfes ein in dem Augenblick, wo er vor einer wesentlichen Wendung stand. Vor dieser Wendung einmündigen Wendung...

Die Vorstandesversammlung des Deutschen Verkehrsvereins... am 1. Jan. 1921...

Unter den Kollegen hier ist es mit ein Häuflein der Freunde... die Kollegen...

Man muß bald annehmen, daß die Reichsbahndienst... hier, vor lauter Reife und...

gewohnt hat) ist der feste Entschluß, alles daran zu setzen, zur Stärkung des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, in der richtigen Erkenntnis daß nur mit starken Kräfte und opferbereiten Kollegen, nicht aber mit leeren Redensarten und Klatsch, dem Unternehmertum Rechnung abgerungen werden kann.

Wetzlar. Am 24. Januar fand unsere erste Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Dieke entwarf im Jahresbericht ein Bild der Vorkänge seit der Gründung der Ortsgruppe, insbesondere des vergangenen Jahres. Er gedachte hierbei auch der in der Berichtszeit gestorbenen Kollegen. Die Versammlung erhob sich zu Ehren dieser Verstorbene von den Sitzen. Der Berichterstatter führte u. a. aus: Noch niemals hat die Jahreswende soviel Anlaß und Verpflichtung zu ernstem Nach- und Nachdenken abgeben, als der Schluß dieses Jahres 1921. Das verfloßene Jahr hat der Arbeiterkassette viele Kämpfe um ihre berechtigten Lebensinteressen gebracht. Große Schwierigkeiten standen namentlich der christlichen Arbeiterkassette im Kampf um ihre Ideen entgegen. Kein Wunder daher, daß auch unsere junge Ortsgruppe von solchen Kämpfen und Schwierigkeiten nicht verschont, sondern mitunter hart gefaßt wurde. Insbesondere war es der sozialistisch-terroristische Machtkampfpunkt, der uns Hohn und Verächtlichkeit geschworen. Es ist den Herrschaften der roten Koloria auch einlaß unbenutzt, daß es in der roten Hochburg Weimar Straßenbahner gibt, die es wagen, sich der christlichen Gewerkschaft, dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner anzuschließen. Aber trotz aller oneranten gewalttätigen wie verleumderischen Mittel gelang es den Christen doch, ihre Mitgliederzahl im verfloßenen Jahr reichlich zu vergrößern. Na wir dürfen mit Genugtuung sagen, daß wir eine Kolonnenkassette sind, das nachrevolutionäre Durchdrängen zu entwirren-mittelhaften, jede reaktionäre Kraft auf gewerkschaftlichem Gebiete zu entlasten. So haben wir gearbeitet und uns nicht irren machen lassen. Der Erlaß ist nicht ausgeblieben. Darum Kollegen, so loblich der Berichterstatter, halstet sich zusammen, werdet jeder ein Kämpfer, verteidigt und in die große Idee der sozialen Volksgemeinschaft, kämpft auch im neuen Jahre frei und unerschütterlich.

Regensburg. Am 30. Dezember fand eine außerordentliche Versammlung in der Vahnerstraße statt, in der über die Verhandlungen und den Abschluß des Landestarifs beraten wurde. Die Kollegen erklärten sich mit dem Abschluß des Landestarifs einverstanden. Für die künft. Beiträger wird eine Eingabe an die Pfarrämter und den Stadtrat gerichtet, wonach eine Erhöhung des Tarifs um 25 Prozent verlangt wird. Bezüglich der Beitragsregelung wurden Beschwerden vorgebracht, wonach der freie Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bedeutend hinter unseren Sähen zurückbleibt. Bezirksleiter Weizler erklärte, daß in diesem Verbands der Beitrag ohne Vorkaufschlag ab 1. Januar pro Woche 4 M bei einem Lohne von 250 M betrage. Da noch ein Vorkaufschlag und eventueller Bezirksbeitrag in Betracht komme, wird in Regensburg für die Mitglieder dieses Verbandes ein Beitrag von 5 M pro Woche in Frage kommen wie er auch von unserem Verband gefordert werden müsse. Falls Schwierigkeiten beim Uebergang vorhanden sind, so habe die Ortsgruppe dies mit der Zentrale ins Reine zu bringen. Für uns könne nicht der Beitragsatz maßgebend sein, den der gegnerische Verband sich zurechnet. Für unsere Mitglieder kommen nur jene Beiträge in Betracht, die von unserem Verbandsvorstande festgelegt sind. Die Kollegen in Regensburg werden ohne Zweifel ihre, von unserem Verbands geforderten Beiträge ab 1. Januar entrichten.

Straubing. Am 29. Dez. fand eine außerordentliche Versammlung unserer Ortsgruppe statt, die infolge der Grippe-Epidemie an Besuch zu leiden hatte. An Stelle der vorläu-

figen Löhne des neuen Tarifvertrags wurden entsprechende Vorschläge gemacht. Nach dem erstatteten Bericht des Bezirksleiters Weizler erklärten sich die Kollegen mit dem Landestarif einverstanden. Zur Frage der Einführung des neuen Vertrages wurde beschlossen, den Beitrag von 5 M pro Woche ab 1. Januar einzuführen.

Berlin. Zu dem Berichte in vorerster Nummer unseres Organs über die Zustände bei der künftlichen Fleischbeschau in Berlin geht uns von dem Herrn Dr. Henschel eine Berichtigung zu. Wir hätten dergleichen auch dann Aufnahme gewährt, wenn er sich nicht auf den § 11 des Prekodiekes berufen hätte. Dieses um so mehr, da Herr Dr. Henschel uns im großen und ganzen die Richtigkeit unserer Darlegungen bestätigt, nur mit dem Unterschiede, daß das Verhalten der Genossen nicht von ihm gebilligt worden sei und die Zustände nunmehr geändert sind. Herr Dr. Henschel schreibt:

„Die Veröffentlichung in Nr. 1, Seite 7, des „Mitteldeutschen Arbeiterblattes“ vom 7. Jan. 1922 über eine „unlautliche Wirksamkeit“ im Betriebe der hiesigen künftlichen Fleischbeschau ist Gegenstand der Besprechung in der am 10. d. M. abgehaltenen Sitzung der Deputation für das Ernährungswesen. Ausschuk für die Fleisch- und Schlachtbühnen, gewesen.“

Im Namen des genannten Ausschusses teile ich hierdurch mit, daß die in dem Artikel enthaltenen Schilderungen, soweit sie meine Person betreffen, den Tatsachen nicht entsprechen.

Die beiden Dienststempel, die am 9. November u. a. zum Dienst nicht erschienen waren, haben in der darauffolgenden Zeit die Arbeit nicht verweigert, sondern gearbeitet. Es lag daher kein Anlaß vor, die Lohnzahlung zu kürzen. Nur wollten die beide Dienststempel nicht mit denjenigen von ihnen gemeinsam in den Schlachthäusern Dienst tun, die am 9. November gearbeitet hatten. Dieses Verhalten ist von mir nicht gebilligt worden. Damit aber keine Schwierigkeiten oder Störungen im Betriebe entstehen sollten, haben nun die Betriebsratsmitglieder Dienststempel Herr Kaiser vor, daß auf die Dienstliste je zwei Dienststempel, gemeinsam zur Vertretung der Bediente geschrieben werden sollten, in der Weise, daß die einen Dienststempel, die am 9. November keine Arbeit verrichtet hatten, mit solchen zusammenarbeiten sollten, die ebenfalls an diesem Tage dem Dienste ferngeblieben waren. Nachdem auch der entsprechende Stempel Herr Obmann Braun, dem die Diensterteilung der Stempel obliegt, im Besitze Kaisers dessen Vorschlag für betriebstechnisch durchführbar erklärt hatte, erfolgte die vorgeschlagene Einteilung. Ich habe den Herren Kaiser und Braun aber, daß nur vorläufig u. a. so verfahren werden dürfe und ich die Sache dem Ausschuk für den Fleisch- u. Schlacht-hof zur Entscheidung berichten würde; denn es ist nicht anadonia, daß die einzelnen Stempel sich aussuchen, mit wem sie gemeinsam arbeiten wollen oder nicht, im übrigen hätten politische oder persönliche Meinungsverschiedenheiten bei der Arbeitsleistung im Betriebe vollständig auszuweichen. Ich rief demnach zur Einsicht. Diese ist denn auch bald darauf erfolgt, und die Dienststempel der künftlichen Fleischbeschau haben, wie der Betriebsrat schriftlich mitgeteilt hatte, in einer Betriebsversammlung beschlossen, wieder mit den Kollegen den Dienst gemeinschaftlich zu verrichten, welche wegen den Beschluß der Beschau, am 9. November nicht zu arbeiten, verstoßen hatten.

Dr. Henschel.

Direktor der künftlichen Fleischbeschau.

Verbandsnachrichten.

Zu der Woche vom 5. bis 11. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:

Vom 2. Quartal:

Denne-Sieg und München.

Vom 3. Quartal:

Sülmangen, Riegelsberg, Bodendorf, Godesberg, Bonn (Rsp.), Dachau, Offenburg (Str.), Marburg a. d. Lahn, Neumark (Oberpfalz), Gleiwitz, Aachen, Mosbad und Reiviges.

Vom 4. Quartal:

Regensburg, Braunsberg (Ostpr.), Offenbach am Main, Duderstadt, Glatz, Weilspe, Dransdorf, Hamhorn, Eustirchen, Aalen, Gerthe (Bez. Bodum), Paderborn (Gem.), Jagen (Gem.), Morzheim, Oberhausen (Gem.), Kiedlinghausen (Gem.), Sülstein, Volau, Neukastl, Eishüt, Oberursel, Dören (Rhd.), Weilheim, Honnef am Rhein, Widede (Rhr), Crefeld, Rempten (Allgäu), Birnmasens, Solingen (Str.), Grafenwöhr, Straubing, Wesseling, Bocholt, Neumark, Ulm a. d. D., Wilhelmshausen, Siegen (Str.), Jaborge, Döntkirchen, Würzburg (Gem.), Landsbut, Ebingen, Schleikheim, Bonn (Gem.), Borken, Schleusing, Beuel (Gem.), Wülheim-Ruhr, (Str.), Jwldau, Waldshut i. B., Steinach, Coblenz, Mosbad, Nürnberg, Hanau, Marburg, Traunstein, Dörken, Heinsberg, Rheidt, Kusburg, Abten i. W., Clove, Essen, Regensburg (Staatsarb.), Ranslau, Siehen, Brühl, Bochum, Bad-Tölz, Neuburg a. Rhein, Ravensburg, Siegburg (Bavaria), Eitorf a. d. Sieg, Sauer i. Schleswig, Wülheim-Ruhr (Gem.), Ruch, Cöln (Ruhrtal), Duisburg (Gem.), Rheine, Schweidniz, Reichenau, Bamberg, Meifen i. Sachsen, Eietin, Dortmund (Gem.) und Dortmund (Str.).

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1922 ist bereits veranlassen. Leider konnten nicht mehr alle Bestellungen die erst nach Neujahr erfolgten, erledigt werden. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 4 M.

Der Zentralverband.

Gedenktitel.



Gestorben sind die Kollegen

Dorger Gottfried, Offen a. d. Ruhr	2. 12. 21
Koch Anton, Düsseldorf	21. 12. 21
Resselmarck Michael, Bonn	23. 12. 21
Partenfeld Jakob, Duppard	30. 12. 21
Schäpper Herm., Münster	1. 1. 22
Kang Alois, Baden-Baden	5. 1. 22
Saberscht Wilhelm, Veispig	5. 1. 22
Krupp Wilhelm, Düsseldorf	6. 1. 22
Seiner Johann, Wittweil	8. 1. 22
Rothkamp F., Bonn	10. 1. 22
Maschler Karl, Würzburg	10. 1. 22
Wolfsdorf Theodor, Rees	13. 1. 22
Pamer Bernhard, Köln	14. 1. 22
Kirmeier Karl, Wolfrathshausen	14. 1. 22
Singen Jol., Köln	14. 1. 22
Hogen Gerhard, Offen a. d. Ruhr	15. 1. 22
Klaus Lorenz, Köln	16. 1. 22
Widmann Wilh., Ulm	16. 1. 22
Sehner Franz, Wetzburg	16. 1. 22
Scholtz August, Jagen i. B.	17. 1. 22

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Glckmann, Köln, Benloerwall 9
Druckereid. Volkowacht-Verlags, Köln, Domstr. 11